



Gemeinde Pfinztal

## **Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 26.03.2019**

|                        |  |
|------------------------|--|
| <b>Ort:</b>            | Selmnitzsaal (Europaplatz),<br>Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen) |
| <b>Sitzungsbeginn:</b> | 18:00 Uhr  |
| <b>Sitzungsende:</b>   | 20:30 Uhr  |

### **Anwesende Personen**

#### **Vorsitzende/r:**

Bodner, Nicola

#### **Ordentliche Mitglieder:**

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar (Teilnahme ab 18:10  
Uhr - TOP 2)

Gegenheimer, Thomas

Herb, Artur

Hörter, Frank

Hruschka, Andreas

Kirchenbauer, Achim

Konstandin, Angelika

Kunzmann, Reiner

Lüthje-Lenhardt, Monika

Möller, Eva

Niebel, Karl-Peter

Rahn, Klaus-Helimar

Reeb, Tilo

Rendes, Markus

Ringwald, Markus

Rothweiler, Edelbert

Schaier, Barbara

Schneider, Birgit

Vogel, Roland (Teilnahme ab 19:20 Uhr - TOP 5)

Vogt, Thomas

#### **Schriftführer/in:**

Härer, Roland

#### **Verwaltung:**

Knobloch, Günter

Kröner, Wolfgang

Müller, Rüdiger

Sturm, Thomas

#### **Ortsvorsteher/in:**

Oberle, Gebhard

### **Nichtanwesende Personen**

#### **Ordentliche Mitglieder:**

Gutgesell, Andreas (entschuldigt)

Klingmüller, Charlotte (entschuldigt)



1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 18.03.2019.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 21.03.2019.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:  
Gemeinderat Gegenheimer  
Gemeinderat Kunzmann



## T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Pfinztal 2035 - Zwischenbericht an den Gemeinderat  
- Beratung **BV/295/2019**
3. Wahl und kommissarische Bestellung eines Abt.Kdt der Freiwillige Feuerwehr Pfinztal Abteilung Berghausen **BV/311/2019**
4. Bestätigung der Wahlen der Freiwilligen Feuerwehr Pfinztal  
- 1.Stellv.Abteilungskommandant der Abteilungwehr Berghausen, Oliver Vollmar  
- 2. Stellv.Abteilungskommandant der Abteilungwehr Berghausen, Thomas Bauer **BV/310/2019**
5. Umsetzung Europäische Wasserrahmenrichtlinie  
Beseitigung der Pfinztaler Abwässer und deren Reinigung in der Kläranlage Berghausen **BV/303/2019**  
- Zustandsbericht  
- Vorstellung eines Strukturgutachtens über die zukünftige Abwasserreinigung  
- Beratung und Beschlussfassung
6. Öffentliche Trinkwasserversorgung **BV/294/2019/1**  
- Beauftragung Zeitvertragsarbeiten über Leistungen zur Behebung von Wasserrohrbrüchen u. a., einschließlich Stellung einer Rufbereitschaft  
- Beratung und Beschlussfassung
7. Kindergartenbedarfsplan 2019/20 **BV/307/2019/1**  
- Beratung und Beschluss
8. Erlass einer Verordnung über den Ladenschluss anlässlich der Kirchweih in den einzelnen Ortsteilen **BV/309/2019**  
- Beratung und Entscheidung
9. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse **BV/312/2019**
10. Mitteilungen der Bürgermeisterin
11. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
12. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



## 1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Bürgermeisterin Bodner** informiert über die Möglichkeit, an dieser Stelle ein Statement zu aktuellen Themen oder Tagesordnungspunkten abgeben zu können. Sie verweist darauf, dass diese Möglichkeit am Ende der Sitzung noch einmal besteht.

**Frau Scholten** teilt mit, sie wohne seit zweieinhalb Jahren an der Hauptstraße oberhalb des Leerdamplatzes. Die Entscheidung des Gemeinderates gegen eine Temporeduzierung auf 30 km/h in diesem Bereich der Hauptstraße sei für sie der Anlass zu dieser Wortmeldung. Gewissermaßen blauäugig hätte ihre Familie entschieden, an diesen Ort zu ziehen, denn man habe unterschätzt, welcher Verkehr sich täglich auf der B 10 abspielt. Fakt sei es, dass nachts Geschwindigkeiten zwischen 70 und 100 km/h auf dieser Straße innerorts gefahren werden, auch am Wochenende habe man quasi eine Autobahn vor dem Haus. Sie stelle sich die Frage, warum es dem Ortschaftsrat Kleinsteinbach gelungen ist, dort eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h zu erreichen. In Söllingen gebe es die gleichen Rahmenbedingungen und hier gehe diesbezüglich nichts. Sie halte diese gemeindliche Entscheidung für nicht korrekt. Den Autofahrern habe man damit das Signal gegeben, weiter rasen zu können. Im Bereich ihres Wohnhauses befinde sich der einzige Abschnitt der B 10 in Pfinztal, der kein Tempolimit auf 30 km/h enthalte. Vor diesem Hintergrund appelliere sie an das Gremium, dieses Thema nochmals zu diskutieren und eine einheitliche Vision für die Gemeinde zu beschließen. Denn langfristig ziehe man die Bevölkerung aus dieser Lage ab mit der Folge, dass der Ortskern ausbluten wird.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, die Rahmenbedingungen hätten sich verändert, weshalb in Kleinsteinbach die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h möglich war. Sie verweist darauf, dass Ortsvorsteher Reeb anwesend ist und das Thema sicherlich im Ortschaftsrat behandeln wird.

**Frau Zobel** informiert, beim Grundstück der Firma Plana im Hammerwerk werde sehr viel Verpackungsmüll gelagert. Sie will wissen, ob die Firma eine Aufforderung erhält, das Gelände in einen sauberen Zustand zu bringen.

## 2. Pfinztal 2035 - Zwischenbericht an den Gemeinderat - Beratung

**Bürgermeisterin Bodner** begrüßt Frau Dirks und Herrn Henrich von der IMAKOMM Akademie. Sie verweist auf die Verwaltungsvorlage, die folgenden Sachverhalt enthält:

*Im Frühjahr 2018 hat der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt eine Kommunalentwicklungsplanung für die nächsten Jahre aufzustellen. Im April 2018 hat der Gemeinderat den Auftrag für die Durchführung der Kommunalentwicklungsplanung an die Kommunalentwicklungsfirma IMAKOMM Akademie erteilt. Nach ersten Vorbesprechungen, Überlassung von Datenmaterial zur Gemeinde, Ortsbegehungen und Auswertungen durch den Kommunalentwickler fanden mehrere Bürgerbeteiligungen im Spätjahr 2018 statt. Weiter wurde eine Onlineumfrage durchgeführt an der sich auch alle EinwohnerInnen und Gewerbetreibende beteiligen konnten. Im Prozess haben rund 600 Beteiligte über 1.000 Ideen, Wünsche und Anregungen vorgetragen welche ausgewertet und zu Zielen und Maßnahmen zusammengefasst wurden.*

*Prozessbegleitend wurde eine Arbeitsgruppe aus allen Interessengruppen der Gemeinde ins Leben gerufen. Diese hat zum Zeitpunkt der Gemeinderatssitzung zweimal getagt und sich intensiver mit der Vision, den Zielen und Maßnahmen auseinandergesetzt. Parallel dazu wird die Imakomm von der Verwaltung durch weitere Informationen und Stellungnahmen zu allen*



*Maßnahmen und Themenpunkten unterstützt.*

*In der Gemeinderatssitzung sollen die bisherigen Ergebnisse von Imakomm präsentiert werden. Der Gemeinderat erhält die Möglichkeit sich über den aktuellen Stand des Prozesses direkt zu informieren – obgleich der Gemeinderat auch als Teil der Arbeitsgruppe in den Prozess eingebunden ist und so bereits Informationen hat bzw. am Prozess auch direkt teilhaben kann. Auch soll schon ein Blick auf die zukünftige Umsetzung der Ziele und Maßnahmen nach dem Projektabschluss erfolgen.*

**Herr Henrich** bedankt sich für die Einladung und weist darauf hin, dass man dem Gremium heute Abend einen kurzen Zwischenstandsbericht geben möchte. Er wolle in einem kurzen Rückblick berichten, was bisher gemacht wurde, wie die Beteiligung der Bürger war, welche Ergebnisse herausgekommen sind und wie das Verfahren zum Abschluss gebracht wird. Im Mai 2018 sei man gestartet, um für die Gemeinde Pfinztal in enger Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Personengruppen ein Entwicklungs-konzept für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre zu erarbeiten. Dabei fließe auch die Sicht von IMAKOMM von außen ein. Man habe sich bestehende Strukturen angeschaut und allgemeine Trends eingebracht. Akteure seien bisher die Bürger gewesen, die in Befragungen, Workshops, Projektgruppen und Interessengruppen eingebunden waren. Bereits die Auftaktveranstaltung sei gut besucht gewesen, danach habe man in den vier Ortsteilen Zukunftswerkshops durchgeführt, einen Online-Briefkasten eingerichtet, die Jugend und die Wirtschaft beteiligt. Nun stehe noch eine letzte Projektgruppensitzung im Mai 2019 aus. Als Fazit könne festgestellt werden, dass bisher rund 600 Bürgerinnen und Bürger sich beteiligt und etwa 1000 Wünsche, Anregungen und Ideen eingebracht haben. Diese habe man gebündelt, gefiltert und in Strategien gegossen. Dieses Ergebnis sei in einem gemeinschaftlichen Prozess entstanden. Pfinztal lasse viele Stärken, aber auch deutliche Defizite erkennen. Die wichtigsten Themen für die nächsten Jahre seien in sieben Handlungsschwerpunkten zusammengefasst worden. Diese wiederum seien mit Zielen und konkreten Maßnahmen hinterlegt. Dazu gebe es noch sogenannte Querschnittsthemen wie den Umweltschutz, Nachhaltigkeit, die bestehenden Pflichtenaufgaben, Haushaltskonsolidierung oder Schuldenabbau. Viele Einzelmaßnahmen würden sich nun hinter diesen Handlungsschwerpunkten verbergen. Diese werde man später noch differenzieren müssen im Blick auf den Umsetzungszeitraum, die Priorität und die Verantwortlichkeit, aber auch im Blick darauf, ob die Gemeinde in der Lage ist, Dinge allein zu bewältigen. In der nun beginnenden Endphase gehe es um die Konkretisierung der Maßnahmen und Fertigstellung des Gesamtkonzepts, das danach vom Gemeinderat beschlossen werden soll. Nach dem Gemeinderatsbeschluss sei voraussichtlich im September eine öffentliche Abschlussveranstaltung vorgesehen. Seine Empfehlung gehe dahin, alle Maßnahmen mit höchster Priorität zu beschließen; alle weiteren Maßnahmen würden einen Ideenpool darstellen. Denn tatsächlich sei es auch nicht leistbar, alle Maßnahmen so weit auszuarbeiten, dass der Gemeinderat in der Lage ist, eine Entscheidung treffen zu können.

**Bürgermeisterin Bodner** bedankt sich für die Informationen. Ein Dank müsste auch an die engagierten Bürgerinnen und Bürger gehen, die bisher aktiv mitgewirkt haben.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** dankt ebenfalls für die gute Arbeit, die sie als hervorragend und vorbildlich bezeichnet. Sie habe sich als Gemeinderätin und Bürgerin während des gesamten Prozesses sehr wohl gefühlt und die Abwicklung auch in der geschehenen Weise erwartet. Positiv bewerte sie die Sitzungen, die anders abgelaufen seien als manche Sitzung im Gemeinderat oder in den Ausschüssen. Das Beste sei gewesen, dass die Bürgerinnen und Bürger eingebunden waren und konkret mitgestalten konnten. Ironisch merkt sie an, dass es sich bei der zum Ausdruck gebrachten Vision auch um das Wahlprogramm der Grünen für die Kommunalwahl handeln könnte.

Auch **Gemeinderätin Schneider** bedankte sich für die SPD-Fraktion für die gute Arbeit. Sie erinnere daran, dass es vor sieben Jahren bereits eine Zukunftswerkstatt gegeben hat. Vieles



in den stattgefundenen Projektgruppen habe sie an diese damalige Zukunftswerkstatt erinnert. Damals habe es ähnliche oder gleiche Ideen gegeben. Gescheitert sei es damals allerdings daran, dass keine Maßnahmen beschrieben wurden und es keine klaren Zielsetzungen und keinen Beschluss gegeben hat. Die Maßnahmen seien nicht weiterverfolgt worden. Dies sei im momentanen Prozess anders. Positiv sei zu werten, dass in den Projektgruppen andere Sichtweisen vorgetragen werden, nämlich diejenigen der Bürgerinnen und Bürger. Sie sei gespannt auf die Umsetzung der verabschiedeten Maßnahmen.

**Herr Henrich** glaubt, dass man mit dem Projekt einen guten Start hingelegt hat. Später werde es darauf ankommen, was und wie umgesetzt wird. Es gebe negative Beispiele, wo fertige Konzepte in der Schublade versandet sind. Er sage dies als Außenstehender, das Gremium sollte dies als Warnschuss verstehen. Von Seiten der IMAKOMM werde man den Vorschlag machen, künftig in die Vorlagen aller Beschlüsse ein Prüfkriterium aufzunehmen, ob die Maßnahme dem Gemeindeentwicklungskonzept entspricht. Außerdem sei man der Auffassung, dass das Konzept in ungefähr fünf Jahren wieder überprüft werden müsste.

**Gemeinderat Kirchenbauer** bedankt sich für die geleistete Arbeit. Seine Fraktion hoffe, dass durch die Bürgerbeteiligung ein Blick nach vorne erreicht wird. Es gebe ein Sprichwort, wonach man nach vorne schauen muss, wenn man am Pflug steht. Das Jahr 2035 sei tatsächlich ein Blick nach vorne und das Gemeindeentwicklungskonzept eine Leitlinie auf diesem Weg. Er halte das Ergebnis für wichtig, um Antworten auf Fragestellungen geben zu können. Die breite Bürgerbeteiligung sei ein guter Weg gewesen.

**Bürgermeisterin Bodner** fasst zusammen, dass man den Zwischenbericht zur Kenntnis nehme. Sie bedankt sich bei Herrn Henrich und Frau Dirks für ihr Kommen.

---

### 3. Wahl und kommissarische Bestellung eines Abt.Kdt der Freiwillige Feuerwehr Pfinztal Abteilung Berghausen

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die Verwaltungsvorlage. Darin habe man das Gremium darüber informiert, dass Herr Michael Kuglstätter nach Ablauf seiner fünfjährigen Amtszeit nicht mehr für eine Wiederwahl als Abteilungskommandant der Feuerwehrabteilung Berghausen zur Verfügung steht. Da weder zur Jahreshauptversammlung noch während einer zweiten Bewerbungsfrist eine Bewerbung eingegangen ist, seien geeignete Feuerwehrangehörige aufgelistet worden. Lediglich von Pfinztalkommandant Frank Bauer lag die Bereitschaft vor, kommissarisch diese zusätzliche Aufgabe zu übernehmen. Sowohl der Abteilungsausschuss wie auch der Feuerwehrausschuss hätten diesem Bestellungs-vorschlag zugestimmt. Einer Ausübung der beiden Ämter stehe nach der Feuerwehrsatzung und dem Feuerwehrgesetz nichts entgegen. Die Verwaltung empfehle dem Gemeinderat, diesem Bestellungs-vorschlag zu folgen. Das Gremium könne aber auch jeden anderen geeigneten Feuerwehrangehörigen wählen. An das Gremium richtet sie die Frage, ob geheime Wahl gewünscht wird oder per Akklamation gewählt werden kann. Sie stellt fest, dass es keine Bedenken zur Wahl per Akklamation gibt.

**Gemeinderat Hörter** spricht den Dank der CDU-Fraktion an Herrn Kuglstätter aus, der das Amt des Abteilungskommandanten fünf Jahre ausgeübt hat. Bereits bei seiner damaligen Wahl habe er informiert, dass er nur für eine Wahlperiode zur Verfügung steht. In dieser Zeit habe sich die Abteilung Berghausen gut entwickelt trotz einer schwierigen Zeit mit dem Feuerwehrjubiläum und einer Fahrzeugbeschaffung. Man habe Verständnis dafür, dass Herr



Kuglstätter nun kürzertreten möchte. An die höhere Politik richte man den dringenden Appell, die Bürokratie im Feuerwehrwesen zurückzufahren, weil immer weniger Menschen bereit seien, aus diesem Grund ein solches Amt zu übernehmen. Man habe gesehen, wie schwierig es sei, geeignete Menschen zu finden. Ein Dank gehe selbstverständlich auch an die Feuerwehrangehörigen, die bereit sind, die Stellvertreterposten zu übernehmen.

**Gemeinderat Kunzmann** erklärt, seine Stellungnahme gelte für die beiden Tagesordnungspunkte mit den Feuerwehrangelegenheiten. Die SPD-Fraktion bedanke sich ebenfalls bei Herrn Kuglstätter, der die Abteilung Berghausen fünf Jahre lang freiwillig geführt hat. Dies sei keine Selbstverständlichkeit und sei ihm hoch anzurechnen. Wenn ein Ehrenamtlicher aus irgendwelchen Gründen sein Führungsamt niederlegen will, dann habe man Verständnis dafür. Auch an die Feuerwehrangehörigen Oliver Vollmar und Thomas Bauer gehe ein aufrichtiger Dank. Beide hätten bisher bereits das Stellvertreteramt inne und wollen dies weiterführen. Dass diese beiden nicht Abteilungskommandant werden wollen, müsse man ohne grummeln akzeptieren. Beide würden sich dadurch schon weit mehr für das Gemeinwesen engagieren, als der große Rest der Bürgerschaft. Es gehe gar nicht, jemanden gegen seinen Willen in ein Ehrenamt zwingen zu wollen. Man müsse im Gegenteil die Voraussetzungen schaffen, damit solche Ämter freiwillig bekleidet werden. Auf jeden Fall sei Frank Bauer großer Dank und Anerkennung für seine Bereitschaft zur Amtsübernahme zu zollen. Immerhin sei damit eine Doppelfunktion und eine Doppelbelastung verbunden und spätestens damit werde das Ehrenamt zum Beruf, weshalb entsprechende Überlegungen und Lösungen zu finden seien. Sein Wunsch sei es, dass bald wieder klare Verhältnisse in Berghausen entstehen. Denn wenn man zu viel Last auf Schultern legt, würden die zum Brechen neigen. Weil Führungspersonal immer notwendig sein wird, müsse man diese Personen vorsichtig und gezielt aufbauen. Dies halte er für eine der wichtigsten momentanen Aufgaben. Der aktuelle Anlass sei eine gute Gelegenheit, allen Frauen und Männern in der Feuerwehr zu danken. Ihnen gebühre Respekt für die ständige Arbeit und Präsenz. Verbunden sei dieser Dank mit der Hoffnung, dass alle in naher Zukunft in ordentlich sanierten Feuerwehrhäusern ihren Dienst versehen können. Diese Gebäude seien angesichts der vielen Stunden, die dort verbracht werden, als Arbeitsplatz anzusehen. Bekanntlich wirke sich die Qualität eines Arbeitsplatzes auf die Motivation der Bediensteten aus. Sollten Sanierungen der Gebäude nicht mehr ausreichend sein, dann seien zwingend weitergehende Überlegungen nötig. Eine professionelle Würdigung dieses Themas rate man an. Auch beim Thema „Neueinstellung“ von Personal sollte als wichtiges Kriterium der Dienst bei der Feuerwehr gelten. Dies könne auch der Heimatort sein, in diesem Fall sollte aber die Tagschicht in Pfinztal geleistet werden. Grundsätzlich sollte die Kommune die Feuerwehr wo möglich unterstützen. Nicht nur eine tolle Ausrüstung sei der alleinige Faktor für eine Zufriedenheit. Diesbezüglich könne die Gemeinde sicherlich noch einiges mehr leisten. Die SPD-Fraktion sei auf jeden Fall bereit, in diese Richtung zu gehen, damit man nicht an den Punkt gelange, wo eine Berufsfeuerwehr der einzige Ausweg ist, denn dies sei für die Gemeinde viel zu teuer.

**Gemeinderätin Möller** schließt sich mit Dankesworten ihren Vorrednern an. Die ULiP halte die Bestellung von Herrn Bauer unter den gegebenen Umständen für die derzeit beste Lösung. Allerdings könnte eine schwierige Situation entstehen, wenn dieser ausfällt. Für Berghausen würden allerdings zwei Stellvertreter zur Verfügung stehen.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt nochmals fest, dass die Wahl per Akklamation erfolgen soll. **Sie will vom Gremium wissen, wer Herrn Bauer kommissarisch zum Kommandanten der Feuerwehrabteilung Berghausen wählt.**  
**Sie stellt eine vollzählige Zustimmung des Gremiums fest.**

**Bürgermeisterin Bodner** richtet an den anwesenden Frank Bauer die Frage, ob er die Wahl annimmt. Herr Bauer bestätigt dies durch seine verbale Zustimmung.



- 4. Bestätigung der Wahlen der Freiwilligen Feuerwehr Pfinztal**  
- 1.Stellv.Abteilungskommandant der Abteilungswehr Berghausen, Oliver Vollmar  
- 2. Stellv.Abteilungskommandant der Abteilungswehr Berghausen, Thomas Bauer

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf folgenden Sachverhalt der Vorlage:

*Gemäß § 8 des Feuerwehrgesetzes werden die ehrenamtlich tätigen Abteilungskommandanten und ihre Stellvertreter von den aktiven Angehörigen der jeweiligen Abteilung in geheimer Wahl gewählt. Diese Wahl fand anlässlich der Jahreshauptversammlung der Abteilung Berghausen am 18.01.2019 statt.*

*Folgende Personen wurden von den aktiven Feuerwehrangehörigen der Abteilung Berghausen gewählt bzw. durch ihre Wiederwahl bestätigt:*

*1.Stellv. Abteilungskommandant Berghausen Oliver Vollmar*

*2.Stellv. Abteilungskommandant Berghausen Thomas Bauer*

*Die Amtszeit der Gewählten beträgt 5 Jahre.*

*Die Wahl bedarf der Zustimmung des Gemeinderates.*

**Bürgermeisterin Bodner** will wissen, ob es Wortmeldungen zu diesem Punkt gibt und stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

**Danach fasst das Gremium folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Gemeinderat bestätigt die Wahl von Herrn Vollmar als ersten Stellvertreter und von Herrn Bauer als zweiten Stellvertreter des Abteilungskommandanten in Berghausen.**

- 5. Umsetzung Europäische Wasserrahmenrichtlinie  
Beseitigung der Pfinztaler Abwässer und deren Reinigung in der Kläranlage Berghausen**  
- Zustandsbericht  
- Vorstellung eines Strukturgutachtens über die zukünftige Abwasserreinigung  
- Beratung und Beschlussfassung

**Bürgermeisterin Bodner** begrüßt Frau Dr. Knocke und Herrn Siebner von den Weber-Ingenieuren aus Pforzheim. Sie verweist auf die Darlegungen der Verwaltung in der Sitzungsvorlage und bittet die beiden Gäste um Erläuterung der Ergebnisse des Gutachtens.

**Frau Dr. Knocke** stellt an den Anfang ihrer Ausführungen die Information, sie persönlich begleite die Maßnahmen in der Kläranlage Berghausen bereits seit dem Jahr 2013 und das Büro insgesamt schon viel länger. Ausgangslage sei die Verlängerung der wasserrechtlichen Erlaubnis durch das Landratsamt. Wesentliches Ergebnis des Strukturgutachtens sei es, dass die Kapazitäten der Kläranlage Berghausen deutlich überschritten sind. Das Landratsamt habe deshalb gefordert, im Rahmen einer Studie zu untersuchen, wie die Kläranlage zukunftssicher weiter betrieben werden kann. Im Rahmen dieser Studie habe man verschiedene Ausbauvarianten und daraus eine Vorzugsvariante entwickelt. In dieser Phase sei auch die Anregung der Behörde geprüft worden, ob es sinnvoll sein könnte, das Abwassers nach Karlsruhe abzuleiten und den Klärwerksstandort Berghausen aufzugeben. Vor diesem Hintergrund habe man das Strukturgutachten angefertigt. Darunter seien Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung zu verstehen bis hin zur Schließung kleinerer Anlagen und Bildung größerer Einheiten. Festzustellen sei, dass sowohl die Kapazität der Kläranlage erreicht bzw.





sogar überschritten ist und sich zusätzlich die Anforderungen an die Klärleistung bzw. die Ablaufqualität gesteigert haben, damit die Gewässer nicht zusätzlich mit Nährstoffen belastet werden. Die vorhandenen Bauwerke bezeichnet sie als alt und versehen mit einem hohen Instandsetzungsbedarf. Auch die sehr spezielle Verfahrenstechnik sei nicht mehr auf dem Stand der Technik. Es sei deshalb schwierig, einen Ersatz hierfür zu beschaffen. Vor diesem Hintergrund habe man darüber nachdenken müssen, wie die Verfahrenstechnik für die Zukunft gestaltet werden kann. Hinzu komme noch, dass der Standort der Kläranlage im Blick auf Erweiterungsmöglichkeiten schlecht ist und diese sehr eingeschränkt sind. Es gebe wenige Möglichkeiten der Erweiterung. Zur Möglichkeit der Sanierung und Erweiterung der Kläranlage werde sie nun informieren. Anhand einer Luftaufnahme zeigt sie zuerst die unterschiedlichen Verfahrensbereiche der Kläranlage auf. Nach den mechanischen Reinigungsstufen gebe es als Herzstück der Anlage die biologische Reinigungsstufe. Die belüfteten Becken in diesem Bereich hätten als Besonderheit die sogenannten Festbettkörper, die als Käfige eingetaucht sind. Danach werde in einer weiteren Stufe das klare Wasser im Nachklärbecken vom Schlamm abgetrennt und könne in die Pfinz abfließen. Wenn unter den Festbettkörpern die Belüfterkerzen auszuwechseln sind, müssten diese herausgeholt werden. Bei diesem letzten Ausbau habe man festgestellt, dass diese Festbettkörper wahrscheinlich einen weiteren Ausbau nicht überstehen werden. Vor diesem Hintergrund habe man sich überlegen müssen, wie es diesbezüglich weitergehen kann.

Anschließend geht sie auf die Entwicklung der Belastung der Kläranlage im Rohzulauf ein und zeigt hierzu ein Diagramm für die Zeit von 2012 bis 2017 auf. Es gebe im Zulauf drei Hauptparameter, nämlich die organische Belastung, Stickstoff und Phosphor. Aus den Zulaufkonzentrationen, die regelmäßig vom Klärwerkpersonal bestimmt werden, sei es möglich, sogenannte Belastungsfrachten durch Rückrechnung zu ermitteln; diese wiederum könne man umrechnen in eine Einwohnerbelastung. Es sei aus dem Diagramm zu erkennen, dass es bei den einzelnen Parametern tendenziell zu einer steigenden Belastung gekommen ist. Unterschiedliche Belastungen bzw. starke Schwankungen im Rohzulauf durch feste Stoffe seien durchaus normal und würden mit der unterschiedlichen Witterung zusammenhängen. Bezüglich der organischen Belastung habe man mittlerweile eine tatsächliche Belastung der Kläranlage von über 30.000 Einwohnerwerten erreicht. Bezüglich der Nährstoffe sei die Belastung etwas geringer. Die eigentliche Ausbaugröße der Kläranlage betrage allerdings nur 19.000 Einwohnerwerte, woraus zu erkennen sei, dass die Anlage stark überlastet ist.

**Gemeinderätin Möller** stellt die Zwischenfrage, ob die Summe der einzelnen Parameter eine so große Belastung der Kläranlage mit sich bringt, dass praktisch eine Anlagengröße für 33.000 Einwohner nötig wäre.

**Dr. Knocke** bestätigt dies und lässt wissen, dass nach der Umrechnungsmethode dieses Ergebnis tatsächlich zustande kommt. Die stark angestiegenen Parameter bringe man in Zusammenhang mit Umstellungen in der Regenwasserbehandlung, wo sich in den Regenbecken zum Teil die Drosselabflüsse verändert hätten. Daraus könne man aber nicht schließen, dass sich die Einwohnerzahl wesentlich erhöht hat.

**Gemeinderätin Konstandin** fragt nach der Konsequenz dieser Veränderung.

**Frau Dr. Knocke** erläutert, dass sich der Rohzulauf zur Kläranlage bezüglich der organischen Belastung deutlich erhöht hat. Normalerweise sollten die unterschiedlichen Parameter Stickstoff, Phosphor und die organische Belastung im Gleichgewicht stehen. Denn dann funktioniere die Abwassereinigung besonders gut. Es sei schwierig, die Ursachen zurück zu verfolgen. Man habe hier ein Mischsystem, wo eine zu große Fracht im Regenrückhaltebecken zwischengespeichert und nach und nach abgebaut wird. In diesem System habe man aufgrund von Überrechnungen Änderungen vorgenommen. Um der Ursache besser auf den Grund zu kommen, müsse man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum verfolgen und intensivere Messphasen durchführen.



**Gemeinderätin Möller** will wissen, ob man einen durchgängigen Wert über 19.000 Einwohnerwerten als hohe Belastung bezeichnen kann.

**Gemeinderätin Schneider** fügt die Frage an, ob es sich dabei um einen absoluten Wert handelt.

**Frau Dr. Knocke** erläutert, das zulaufende Abwasser werde nach den Konzentrationen der Hauptparameter bestimmt. In Verknüpfung mit der Wassermenge lasse sich daraus der Einwohnerwert ermitteln.

**Herr Knobloch** ergänzt, wenn man ein Regenüberlaufbecken hat, werde darin nach einem Regenereignis der erste Schmutzstoß zurückgehalten. Wenn eine größere Schmutzfracht ankommt und das Becken voll ist, werde der Dreck in die Pfinz geleitet. Je früher diese Regenüberläufe anspringen, desto früher werde der Schmutz in die Pfinz abgeleitet. Durch die Umstellung des Regimes in den Regenüberläufen werde die Schmutzfracht vermehrt in den Becken zurückgehalten, gehe nicht in die Pfinz, sondern werde dem Klärwerk zugeleitet. Aus diesem Grund sei die Kläranlage seit Jahren überlastet. Er rechne es einzig dem Klärwerkpersonal an, dass die Kläranlage bisher noch nicht in die Knie gegangen ist.

**Gemeinderat Kunzmann** will wissen, ob dieser beschriebene Prozess keine Auffälligkeit, sondern den Normalzustand darstellt. Es könnte sicherlich auch so sein, dass irgendjemand eine illegale Einleitung vorgenommen hat.

**Frau Dr. Knocke** verneint dies. Man könne dies ausschließen, weil es sich um gleichmäßige Zuläufe handelt. Auffälligkeiten würde man anhand von Spitzenwerten feststellen können. Zur Information erläutere sie die Bedeutung der absoluten Werte. Dabei handle es sich um sogenannte 85 %-Werte, wo also die Werte in 85 % der Fälle erreicht werden. Diese Werte seien für die Berechnung der Auslegung einer Kläranlage maßgeblich. Im Blick auf die Reinigungsleistung einer Kläranlage seien bestimmte Anforderungswerte in der wasserrechtlichen Erlaubnis definiert. Anhand eines Schaubildes zeige sie die Zulauf- und Ablaufwerte im Zeitraum von 2012 bis 2017 auf. Die in der wasserrechtlichen Erlaubnis festgestellten Anforderungswerte müssten eingehalten werden. Diese werden bei amtlichen Beprobungen ermittelt. Beim CSB-Wert, dem Belastungswert der organischen Belastung, habe man einen Überwachungswert von 40 Milligramm pro Liter. Aus diesem Wert sei zu ersehen, dass organisch dieser Stoff gut abgebaut wird. Wenn man höhere Werte habe deute es darauf hin, dass in der letzten Reinigungsstufe der Prozess der Trennung nicht optimal verläuft und einzelne Schlammflocken in den Ablauf geraten. Dies führe dazu, dass sich dieser Parameter erhöhe. Weiter gebe es noch einen Zielwert, der nicht bei jeder einzelnen Probe, sondern im Jahresmittel eingehalten sein muss. Man könne aus den Werten sehen, dass die Reinigung noch funktioniert, aber keine Belastungssteigerungen mehr verkraftbar sind. Beim Stickstoff gebe es einen Überwachungswert von 18 Milligramm je Liter, der allerdings nicht konstant eingehalten werden muss. Zu sehen sei aus diesen Daten, dass sich die Konzentrationswerte immer weiter nach oben schrauben. Aus weiteren Werten könne man ersehen, dass die biologische Stufe der Kläranlage an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt ist. Bei der Phosphorkonzentration werde der Zielwert eingehalten. Dies erreiche man dadurch, dass sogenannte Fällmittel zugegeben werden. Zusammenfassend könne für die biologische Stufe festgestellt werden, dass die Anlage ihr Limit erreicht hat.

Für die Zustandsbewertung sei man vor Ort gewesen und habe die Bautechnik, die Maschinenteknik und die Verfahrenstechnik begutachtet. Bezüglich der mechanischen Reinigungsstufe sei festzustellen, dass ganz akut ein Bedarf im Bereich des Rechens, der Waschpresse, im Sand- und Fettfang besteht. Auch im Bereich der Betonsanierung wird es in den kommenden Jahren zu einem Bedarf kommen, wie auch im Austausch der technischen Ausstattung. Im Bereich der biologischen Stufe bestehe in allen Bereichen ein Bedarf an Betonsanie-



rungen, den man mittel- bis langfristig sieht. Im Bereich der Phosphatfällung werde es aller Wahrscheinlichkeit nach eine Verschärfung des Anforderungswertes geben. Insofern werde man eine weitere Dosierstelle einrechnen müssen. Auch bei der Schlammbehandlung müsse mittelfristig eine Betonsanierung durchgeführt werden. Zur Schlammmentwässerung sei zu sagen, dass möglicherweise künftig ein eigenes Entwässerungsaggregat nötig sein wird. Bei den Gebäuden habe man die Situation, dass man teilweise verschachtelte Verhältnisse hat. Konzeptionell müsse es deshalb für die Zukunft eine bessere Lösung geben. Hinsichtlich der Sanierungskosten sei man auf eine Investitionssumme von 5,3 Mio. Euro gekommen, die sukzessive anfallen werden. Damit sei es aber leider noch nicht getan, weil auch eine Erweiterung der Kläranlage nötig sein wird. Da es keine Lösung für die Festbettkörper geben wird, müsse auf jeden Fall die biologische Stufe eine Erweiterung erhalten. Im Rahmen der Studie habe man hierfür verschiedene Varianten untersucht. Eine davon habe sich als sinnvoll herausgestellt, nämlich der Bau eines neuen biologischen Beckens. Im Bereich des alten Beckens könnte ein neues Nachklärbecken zur Verstärkung gebaut werden. Die Kostenannahme für die Erweiterung der Kläranlage schließe mit einem Volumen von ca. 7 Mio. Euro, sodass zur Aufrechterhaltung des Standorts etwa 12,4 Mio. Euro einschließlich der Baunebenkosten erforderlich wären.

**Herr Siebner** setzt die Erläuterungen fort. Das Ingenieurbüro habe untersucht, ob es wirtschaftlich sein könnte, die Kläranlage stillzulegen und das Wasser nach Karlsruhe zur Großkläranlage abzuleiten. Von den Stadtwerken Karlsruhe sei hierzu als Zielpunkt der Sammler Nord vorgegeben worden. Dieser befinde sich nördlich von Grötzingen. Es gebe allerdings die Auflage, dass nur maximal 120 l/sec eingeleitet werden dürfen. Bisher liege der Zulauf zur Kläranlage Berghausen im Mittel bei 152 l/sec. Dies würde bedeuten, dass ein Teil der Abwässer zwischengespeichert werden müsste. Der Großteil der neu zu bauenden Leitungen würde sich auf Gemarkung der Stadt Karlsruhe befinden.

**Gemeinderätin Schneider** bittet um Erläuterung, wie es möglich sein soll, einen Mittelwert von 152 l/sec auf 120 l/sec zu reduzieren.

**Herr Siebner** erläutert, in trockenen Phasen würden etwa 20 l/sec bei der Kläranlage ankommen. Die 152 l/sec würden nur in Regenphasen bei der Kläranlage ankommen. Diese Abflussmenge aus den Kanälen werde in den vorgeschalteten Becken soweit gedrosselt, dass das letzte Becken vor der Kläranlage lediglich diese 152 l/sec. an das Klärwerk abgibt. Diese 152 l/sec seien immer das Ergebnis des letzten Regenereignisses, die vorgeschalteten Becken würden in den Trockenphasen entleert. Genauso sei es möglich, die Abwässer so zu drosseln, dass in Karlsruhe die maximalen 120 l/sec ankommen. Das Büro habe verschiedene Trassenvarianten untersucht. Eine denkbare Variante sei die Verlegung der Leitungen im Pfinzbett gewesen. Dies sei zwar bautechnisch schwierig, aber trotzdem möglich. Diese Variante sei von den Genehmigungsbehörden aus Umweltschutzgründen allerdings abgelehnt worden. Aus diesem Grund habe man die Trassen durch die Bebauung vorrangig untersucht. Aus mehreren Alternativen habe man eine Vorzugsvariante ausgewählt, die er dem Gremium vorstellt. Im Rahmen dessen sei auch untersucht worden, ob der Bau eines konventionellen Kanals, einer sogenannten Freispiegelleitung, möglich ist oder ob die Ableitung nur mittels Pumpwerken und Druckleitungen möglich ist. Aus den Plänen sei zu ersehen, dass eine gewisse Tieflage bei den Druckleitungen nötig ist, um diese frostfrei zu halten und um die vorhandenen diversen Leitungen und Kanäle kreuzen zu können. Dabei würden zwei erforderliche Leitungen teilweise nebeneinander und teilweise auch übereinanderliegen. Bei der Vorzugsvariante würde sich die Leitung im ersten Abschnitt im Fuß- und Radweg neben der Pfinz befinden. Bei der Querung der Bahnanlage komme bereits eine schwierige Kreuzung, bevor es im vorhandenen Rad- und Fußweg weitergeht. Ein Eingriff in den Bahnkörper und in den Baumbestand sei nicht möglich. Im weiteren Verlauf würde der Kanal innerhalb der Bebauung liegen, wo Rücksicht auf vorhandene Kanäle, Wasserleitungen, Gasleitungen und Telekommunikationsleitungen zu nehmen sei. Schwierig sei auch die Planung im Bereich der



vorgegebenen Einleitung in den Sammler der Stadt, wo die Pfinz gekreuzt werden müsste. Während man bei einer Druckleitung vom Gefälle unabhängig agieren könne, grabe man sich bei einer Freispiegelleitung immer weiter in das Gelände ein und erreiche Tiefen von 7 bis 8 m. Er macht deutlich, dass bei einer Lösung mit Druckleitung das Klärwerk nicht aufgegeben werden kann und auf jeden Fall der Rechen und der Sandfang gebraucht würde.

Gemeinderat Dr. Vogel nimmt ab diesem Zeitpunkt (19.20 Uhr) an der Sitzung teil.

Je nach Auflage der Genehmigungsbehörde könne es sein, dass man das Denitrifikationsbecken umrüsten muss. Natürlich werde auch ein großes Pumpwerk benötigt. Als Vorzugsvariante habe man die Druckleitung gewählt und auch durchgerechnet, weil die Freispiegelleitung technisch und im Blick auf die Baukosten nicht realisierbar ist. Dies deshalb, weil man schlechte Baugrundverhältnisse hat, sich im Grundwasserbereich bewegen, diverse Leitungen kreuzen und Rücksicht auf bestehende Gebäude nehmen müsste. Als Ergebnis der Kostenermittlung der Variante mit Druckleitung komme man auf Baukosten von 17,94 Mio. Euro. Hinzu würden noch Maßnahmen zur Geruchsreduktion kommen, so dass die Gesamtkosten bei 18,77 Mio. Euro lägen.

**Dr. Knocke** erläutert anschließend die durchgeführte Kostenvergleichsrechnung, wobei der Untersuchungszeitraum für die Druckleitung mit 60 Jahren angenommen worden sei. Für die Maschinenteile und Elektrotechnik habe man einen Nutzungszeitraum von 15 Jahren angenommen. Anhand einer Tabelle erläutert sie die geschätzten Gesamtkosten der einzelnen Alternativen mit

- |                              |                 |
|------------------------------|-----------------|
| 1. Sanierung Kläranlage      | 12,38 Mio. Euro |
| 2. Neubau Druckleitung       | 18,77 Mio. Euro |
| 3. Neubau Freispiegelleitung | 19,63 Mio. Euro |

Hinzukommen würden die jährlichen Betriebskosten. Diese seien bei der Druckleitung wegen des höheren Aufwandes beim Übergang auch höher als bei der Freispiegelleitung. Außerdem erhebe die Stadt nicht unwesentliche Gebühren für die Einleitung der Abwässer. Aus den dargestellten Summen für die einzelnen Varianten sei klar zu ersehen, in welche Richtung die Lösung nur gehen kann. Dies sei ganz eindeutig die Standorterhaltung. Trotz des hohen Sanierungsaufwands spreche alles für diese Lösung.

**Gemeinderätin Möller** stellt die Frage, warum die Betriebskosten bei der Stadt höher sind als in Berghausen.

**Dr. Knocke** lässt sie wissen, dass die Betriebskosten der Stadt von dort mitgeteilt wurden. Dahinter würden sich die Kosten verbergen, die andere Kommunen derzeit bereits für die Einleitung ihrer Abwässer bezahlen. Die Gebühr hänge von der Schmutzfracht ab, die bei der Stadt angeliefert wird. Die Tatsache des hohen organischen Belastungsanteils in der Schmutzfracht aus Pfinztal könnte sich hier negativ auf die Gebühr auswirken. Zusammenfassend macht sie nochmals deutlich, dass sich die bestehende Anlage am Limit befindet. Die Reinigungsleistung werde zwar noch erbracht, doch würden die Behörden noch mehr fordern. Diese würden registrieren, dass man sich in Pfinztal Gedanken zur Verbesserung der Situation macht, weshalb Verständnis für manche Werte, die nicht eingehalten werden, aufgebracht wird. Ein Ausbau sei auf jeden Fall erforderlich. Allein die Erneuerung der biologischen Stufe würde bei einem Ausbau ein Beckenvolumen von ca. 3.300 Kubikmeter bedeuten, derzeit gebe es ein Fassungsvermögen von etwa 1.700 Kubikmetern. Die Kläranlage Berghausen habe im Vergleich zu anderen Anlagen ein äußerst kleines Becken im Vergleich zur Einwohnerzahl.

**Gemeinderätin Konstandin** verweist auf die Aussagen, dass man hinsichtlich der Erweiterungsmöglichkeiten räumlich begrenzt ist. Sie will wissen, ob im Blick auf die Zukunft der zur Verfügung stehende Platz ausreichend ist.



**Dr. Knocke** erläutert, man habe durchaus Erweiterungsmöglichkeiten, wobei sich drei Alternativen herauskristallisieren würden, die sie anhand eines Übersichtsplans erläutert. Hierzu gehöre auch eine Fläche oberhalb einer Böschung, die genutzt werden könnte. Der vorgeschlagene Standort für ein neues Becken sei verfahrenstechnisch durchaus der Richtige. Künftige Anforderungen, wie zum Beispiel die Behandlung von Mikroplastik, seien nachgeschaltete Reinigungsstufen, wofür Reserveflächen vorhanden wären. Diese Reinigungsstufen könnten an der richtigen Stelle angeordnet werden. Grundsätzlich könne man sagen, dass alles, was noch kommen könnte, in nachgeschalteten Stufen gereinigt werden müsste, also nach der Nachklärung. Dies sei machbar und hierfür könnte sich die obere Fläche anbieten.

**Gemeinderat Rothweiler** erklärt, es gehe ihm um das gereinigte Wasser, das aus der Kläranlage abgeleitet wird. Die Qualität dieses Wassers sei durch EU-Richtlinie festgelegt, an der sich sicher in den nächsten Jahren nichts ändern wird. Er sage dies vor dem Hintergrund der enormen Ausgaben, die mit dieser Maßnahme verbunden sind. Der vorhandene Zulauf sei für etwa 18.000 Einwohner ausgelegt, man habe aber bereits eine Einwohnerzahl von 18.300 erreicht. Er bitte um Auskunft, für welche Einwohnerzahl das künftige Klärwerk ausgelegt wird. Sofern man immer das Optimum erreichen möchte, werde man irgendwann am Standort an die Grenzen stoßen. Für die Fraktion der Grünen sei insofern wichtig zu wissen, wie zukunftsfest ein überholtes Klärwerk sein kann.

**Dr. Knocke** lässt ihn wissen, dass sich die Vorschriften sicherlich eher verschärfen werden. Die bisherigen Verschärfungen hätten die Parameter Stickstoff und Phosphor betroffen. Dem könne man beim Phosphor ganz einfach durch Zugabe von sogenannten Fällmitteln begegnen. Tatsächlich werde derzeit diskutiert, den sogenannten Zielwert anzuheben. Dies werde bedeuten, dass die Betreiber die Dosierung erhöhen werden. Zusätzlich müsse auch die Schlammabtrennung funktionieren. Konkret würde dies den Bau eines zweiten Absetzbeckens bedeuten. Bezüglich der Phosphorparameter sehe sie es so, dass die künftige Anlage das Potenzial haben würde, den Anforderungswerten gerecht zu werden. Mit der eigentlichen Technik wäre man dann aber am Ende, weitere Verbesserungen seien nur noch durch den Einbau von Filtrationsstufen erreichbar. Bei der Stickstoffelimination seien inzwischen auch Zielwerte vorgegeben worden. Mit entsprechender technischer Ausstattung halte sie es für möglich, diese Zielwerte einzuhalten. Mit einem ausgebauten Klärwerk werde man ihrer Meinung nach die Anforderungen an die Phosphor- und Stickstoffparameter erfüllen können. Wegen anderer Stoffe sollte es möglich sein, dem durch Nachrüstung zu begegnen. Dabei handle es sich immer um nachgeordnete Maßnahmen, sodass man sich durch die angedachte Sanierung nichts verbauen wird.

**Gemeinderat Rothweiler** verweist darauf, dass als Zieljahr für die Umsetzung der europäischen Normen 2027 vorgegeben wurde. Um dies zu erreichen, müsse man rechtzeitig anfangen. Aus seiner Sicht stelle sich die Frage, wann man beginnen müsste, um dieses Zieljahr zu erreichen.

**Herr Knobloch** antwortet, man hätte eigentlich schon vorgestern beginnen müssen. Das Landratsamt sei drei Jahre lange geduldig gewesen, die Anordnung zur Verbesserung hätte eigentlich schon viel früher kommen müssen. Nicht vergessen dürfe man, dass die oberhalb des Klärwerks befindlichen Becken und Leitungen so dimensioniert bzw. eingestellt sind, dass man gar keine andere Wahl hat, als das Klärwerk dahingehend zu harmonisieren. Das Landratsamt verlange also, dass sich die Gemeinde auf den Weg macht. Aus seiner Sicht schlage er deshalb vor, dass die Verwaltung mit dem Landratsamt Kontakt aufnehmen wird, wenn der Gemeinderat heute dem Vorschlag zur Klärwerkserneuerung folgt. Beim Landratsamt würde man ausloten, was von dort verlangt wird, weil sich die Zuschüsse zwischen 20 % und 80 % bewegen. Die Zuschusshöhe hänge vom fiktiven Wasserpreis ab. Erst nach diesem Gespräch wisse man konkret, wohin die Planungen gehen müssten.



**Gemeinderat Kirchenbauer** weist darauf hin, die Bauverwaltung habe den Gemeinderat über Jahre hinweg darauf hingewiesen, dass eine Klärwerkserneuerung anstehen wird. Die heutigen Informationen seien insofern keine große Überraschung. Aus Sicht seiner Fraktion sei es wichtig gewesen bereits 2017 die Entscheidung zu treffen, dass zuerst auszuloten ist, welche Optionen es gibt. Wie man gehört hat, müsse man die Option der Abgabe der Abwässer an die Stadt zu den Akten legen. Denn es sei nicht möglich, das Abwasser bereits an der Gemarkungsgrenze einfach zu übergeben. Diese Lösung liege vom Ergebnis her betrachtet so weit weg von einer Ertüchtigung der bestehenden Anlage, weshalb man feststellen könne, dass andere der Gemeinde nicht helfen können. Eine eigene Lösung werde deshalb gebraucht. Hierfür sollten allerdings die maximalen Zuschüsse fließen, wobei er eher denke, dass sich diese im unteren Level bei 20 % bewegen werden. Hierüber sollte man allerdings Gewissheit haben. Ein weiterer Gesichtspunkt sei die Tatsache, dass sämtliche Investitionen über den Gebührenhaushalt abgewickelt werden. Die Bürger müssten also über die Abwassergebühr diese Investitionen bezahlen. Ihn würde deshalb interessieren, wie sich im Blick auf das erforderliche Investitionsvolumen die Abwassergebühr entwickeln würde. Dies sollten auch die Bürger wissen. An Herrn Knobloch richtet er die Frage, ob dieser der Kläranlage eine Zukunft gibt.

**Herr Sturm** erläutert, die Zuschusshöhe sei in Abhängigkeit von den Pfinztaler Gebühren zu sehen. Pfinztal liege in einem Feld zwischen 20 und 30 Prozent Zuschusshöhe. Die Auswirkung auf die Pfinztaler Abwassergebühr sei einfach zu berechnen. Der jährliche Aufwand sei vom Ingenieurbüro mit 795.000 € berechnet worden, was bei einer Wassermenge von etwa 800.000 Kubikmetern einen Euro ausmacht. Er gehe von einer Gebührenerhöhung um einen Euro aus.

**Gemeinderätin Konstandin** will wissen, ob hierin auch der Aufwand für Zins und Tilgung mit eingerechnet ist.

**Dr. Knocke** weist Herrn Sturm darauf hin, dass es sich bei diesem Betrag lediglich um die jährlichen Betriebskosten handelt. Die Investitionskosten seien hierin nicht enthalten.

**Herr Sturm** meint, dass in diesem Fall ein nochmaliger Euro hinzukommen wird.

**Herr Knobloch** beantwortet die Frage von Gemeinderat Kirchenbauer und meint, aus seiner Sicht sei das vom Ingenieurbüro vorgeschlagene System zukunftsfähig. Alle über die vorgeschlagene Lösung hinausgehenden Anforderungen müssen über die Verfahrenstechnik abgedeckt werden. Sollten also Verschärfungen der Parameter kommen, müsste dies über die Steuerungstechnik abgedeckt werden. Da aus dem Wohngebiet „Untere Au“ regelmäßige Beschwerden wegen der Geruchsbelästigung eingehen, seien zu den Investitionskosten etwa 880.00 € zu deren Beseitigung hinzugekommen.

**Gemeinderat Dr. Rahn** bezeichnet die vorgetragene Lösung als schlüssig und nachvollziehbar. Für ihn sei es nicht überraschend gewesen, dass die Kosten für die Durchleitung der Abwässer durch Grötzingen höher sind als die Kosten für die Sanierung der Kläranlage. Nach dem was man gehört habe, sei die Sanierung der bestehenden Anlage die einzige Möglichkeit, es sei denn, die Zuschüsse für die Durchleitung durch Grötzingen wären so hoch, dass diese Alternative billiger würde. Zu den Auswirkungen auf die Gebühren sei zu sagen, dass es bereits heute ähnlich hohe Betriebskosten gibt und am Ende die Investitionskosten den Ausschlag für die vorzunehmende Gebührenerhöhung geben werden. Er lässt wissen, die ULiP stimme der vorgeschlagenen Vorgehensweise zu.

**Herr Sturm** berichtet von einer vor Jahren vorgenommenen Berechnung, wonach sich die Abwassergebühr mit jeder Million an Investitionen um 0,19 € erhöht.



**Gemeinderätin Konstandin** bedankt sich bei den Vertretern der Weber-Ingenieure für die gute und anschauliche Darstellung des Projekts. Sie meint, die Zahlen würden für sich sprechen. Konsequenz sei das Ansteigen der Abwassergebühr, doch sei dies eine Dienstleistung der Gemeinde, die zu bezahlen ist. Die Gewässerreinigung der Pfinz koste Geld. Man müsse nun schauen, welche Zuschüsse man bekommt. Vor dem Hintergrund des derzeitigen Zinsniveaus halte sie die Entscheidung zur Erneuerung für den richtigen Zeitpunkt. Denn irgendwann würden die Zinsen wieder ansteigen. Sie teilt mit, die SPD-Fraktion werde dem Ausbau der Kläranlage zustimmen.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Das Gremium fasst daraufhin folgenden **einstimmigen Beschluss**:  
**Der Ausbau der vorhandenen Kläranlage soll weiterverfolgt werden.**

**6. Öffentliche Trinkwasserversorgung**  
**- Beauftragung Zeitvertragsarbeiten über Leistungen zur Behebung von Wasserrohrbrüchen u. a., einschließlich Stellung einer Rufbereitschaft**  
**- Beratung und Beschlussfassung**

**Bürgermeisterin Bodner** erklärt, alle wesentlichen Informationen seien in der Verwaltungsvorlage wiedergegeben. Der Bau- und Wirtschaftsausschuss habe in seiner Sitzung am 12.03.2019 den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Annahme durch den Gemeinderat empfohlen.

Zum Sachverhalt:

*Die Gemeinde Pfinztal vergibt seit Jahren regelmäßig wiederkehrende Leistungen/Arbeiten zur Behebung von Wasserrohrbrüchen und ähnlichem über Zeitverträge nach dem Auf- und Abgabungsverfahren gemäß § 4(4) VOB/A. Im zu beauftragenden Leistungsumfang ist auch die Stellung eines Bereitschaftsdienstes „rund um die Uhr“ enthalten. – Dieses System hat sich bewährt, wird von der GPA anerkannt und von manchen Kommunen ebenfalls angewandt.*

*Der aktuelle Zeitvertrag mit der Firma Weiler läuft derzeit aus. Die Verwaltung hat deshalb jüngst die abzuverlangenden Leistungen erneut ausgeschrieben, wobei die Laufzeit des neu abzuschließenden Vertrages sich über zwei Jahre erstrecken soll. (Beginn 01.05.2019).*

*Die so erbetenen und eingegangenen Angebote wurden am 19.02.2019 geöffnet. Nach rechnerischer Prüfung ergibt sich folgendes Bild in der Bieterreihenfolge:*

|  |              |
|--|--------------|
| 1. Firma Arthur Weiler, Karlsruhe-Stupferich | 349.503,00 € |
| 2. XXX, Karlsruhe                            | 374.850,00 € |
| 3. XXX, Birkenfeld                           | 387.345,00 € |
| 4. XXX, Waldbronn                            | 392.700,00 € |

*Die o. g. Angebotsendsummen enthalten die MWST.*

*Die Firma Arthur Weiler arbeitet schon seit vielen Jahren in der Gemeinde Pfinztal und dies stets zu unserer vollsten Zufriedenheit. Es wird deshalb vorgeschlagen, den neuen Zeitvertrag mit dieser Firma (zum wiederholten Male) einzugehen bzw. den bestehenden um 2 Jahre zu verlängern.*

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, stellt **Bürgermeisterin Bodner** folgende Abstimmungsfrage:

**„Wer stimmt der Auftragsvergabe an die Firma Artur Weiler zum Angebotspreis von 349.503,00 € zu?“**



**Abstimmung:**

**Einstimmige Zustimmung**

**7. Kindergartenbedarfsplan 2019/20  
- Beratung und Beschluss**

**Bürgermeisterin Bodner** bittet Herrn Sturm um Erläuterung.

**Herr Sturm** erinnert daran, dass in den vergangenen Jahren etliche Beschlüsse gefasst wurden, um die Betreuungsplätze kontinuierlich auszubauen. Im vergangenen Jahr habe man quasi den großen Wurf beschlossen. Dies bedeute, dass in den Jahren 2019 und 2020 insgesamt zehn neue Gruppen in vier Einrichtungen eröffnet werden. Zwei neue Einrichtungen gebe es am Standort bei der alten TSV-Halle im Bildungszentrum, wo zwei zweigruppige Kinderkrippen errichtet werden. Der erste Schritt erfolge hier im Juli 2019, der zweite im März 2020. Insgesamt sei die Verwaltung dabei, vieles zu realisieren. Er erinnert daran, dass die Realsierungen immer einen zeitlichen Vorlauf benötigen. Viel Zeit habe auch die Diskussion im vergangenen Jahr in Anspruch genommen, wo es um die Frage ging, ob die Gemeinde am Standort der Gemeinschaftsunterkunft eine Kinderbetreuungseinrichtung eröffnet. Aus Kostengründen habe man davon abgesehen. Er geht danach auf den aktuellen Kindergartenbedarfsplan ein. Im laufenden Kindergartenjahr werde man 715 Plätze in 14 Einrichtungen und 39 Gruppen anbieten. Es gebe eine Vielfalt an Betreuungszeiten, von der Spielgruppe über die Regelgruppen und VÖ-Gruppen bis hin zu einer wöchentlichen Betreuungszeit von 49,5 Stunden. Man könne dies als schönes Gemischtwarenangebot bezeichnen, wo für jeden etwas dabei sein sollte. Pfinztal sei eine der wenigen Kommunen mit einem solchen breitgefächerten Angebot. Wichtig sei die Koordinierungsstelle in der Verwaltung, die nicht nur die etwa 700 Kindergartenkinder verwaltet, sondern auch etwa 700 bis 800 Hortkinder. Man arbeite daran, dass alle Eltern zufriedengestellt werden können. Positiv zu werten sei die Tatsache, dass man wieder eine höhere Betriebskostenförderung nach FAG erhält. Noch im Jahr 2017 sei der Betrag bei 12.000 € pro Kind gelegen, heute erhalte man wieder 15.000 €. Zu bemängeln sei, dass man beim Kindergartenlastenausgleich für über dreijährige Kinder bei einem Betrag von 2.800 € pro Kind liegt; früher seien dies fast 4.000 € gewesen. Beim Blick auf den Betreuungsumfang sei zu sehen, dass das Angebot der verlängerten Öffnungszeit (VÖ) mit 59 % den größten Anteil einnimmt. Einen Anteil von jeweils 13 % nehmen die VVÖ-, Ganztags- und gemischten Gruppen ein, während der Anteil der Spielgruppe bei 2 % liegt. Bei der Betreuungsform liege „Ü3“ mit 53 % an der Spitze. Die Betreuung finde zu rund 88 % in den Kindertageseinrichtungen in Pfinztal statt. 8,6 % der Kinder seien in der Tagespflege und rund 1,5 % auswärts untergebracht. Anhand einer Grafik zeigt er auf, dass die Betreuungsquote bei Kindern im Alter zwischen ein und zwei Jahren bei rund 32 % liegt. Bei den Zwei- und Dreijährigen liege die Betreuungsquote bei rund 59 %. Schließlich würden rund 92 % der Kinder über drei Jahren eine Tageseinrichtung besuchen. Da die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kinder über drei Jahren steige, müsse man für diesen Bereich nachjustieren. Interessant sei auch die Versorgungsquote, welche die Zahl der vorhandenen Plätze in Relation zur Zahl der Kinder, die in Pfinztal mit Hauptwohnsitz gemeldet sind, setzt. Die Versorgungsquote für Kinder von ein bis drei Jahren liege bei rund 45 %, im Spektrum von null bis drei Jahren bei rund 30 % und bei der Gruppe über drei Jahren bei 100 %. Anders würde es allerdings aussehen, wenn die Betreuungsangebote maximal durch Kleinkinder ausgelastet würden. In diesem Fall lägen die Versorgungsquoten bei den Kindern zwischen ein und drei Jahren bei rund 61 %, bei den Kindern von null bis drei Jahren bei rund 42 % und bei der Gruppe der über Dreijährigen bei 80 %. Zur Belegungssituation sei zu sagen, dass es bei den Angebotsformen „Verlängerte Öffnungszeit“ und „Ganztagesbetreuung“ we-





niger verfügbare Plätze gibt, als nachgefragt werden. Diese Situation könne man mit den Mischgruppen allerdings auffangen. Aus einer weiteren Tabelle sei zu ersehen, welche Platzangebote es zu den Stichtagen 01.03.2019 und 31.08.2019 in den Pfinztaler Einrichtungen gibt. Zum Stichtag 31.08. werde man insgesamt 20 Plätze mehr haben. Zum kommenden Kindergartenjahr habe man einen Bedarf von 147 Plätzen; dem würden die 160 Schulanfänger gegenüberstehen, so dass sich die Lage im September entspannen wird. In allen Altersgruppen werde die Betreuungsform „VÖ“ am stärksten nachgefragt. Rechnerisch würden tatsächlich momentan noch 38 freie Plätze zur Verfügung stehen. Diese werden mit bereits vorgemerkten Kindern bis zum Ende des Kindergartenjahres belegt. Diese Platzzahl könne sich allerdings nach unten verändern, wenn sie durch Unterdreijährige belegt wird. Anhand von verschiedenen Diagrammen macht er die Belegungssituation im kommenden Kindergartenjahr für die verschiedenen Angebotsformen deutlich. Im Bereich der Tagespflege gebe es im Pfinzi-Haus zwei Gruppen mit 14 Tagespflegeplätzen sowie bei zwölf freien Tageseltern insgesamt 60 Plätze. Er geht danach nochmals konkret auf die geplanten Maßnahmen ein. Im Juli 2019 werde es im Bildungszentrum zwei neue Krippengruppen für jeweils zehn Kinder geben. Am Standort „Alte TSV-Halle“ wird es zum März 2020 nochmals zwei Krippengruppen mit jeweils zehn Kindern geben. Der neue Kindergarten im Bahnwinkel in Söllingen werde zwei Gruppen für über Dreijährige sowie eine Krippengruppe mit zehn Plätzen anbieten. Ende 2020 werde es auch im Kindergarten „Unterm Regenbogen“ in Kleinsteinbach zwei neue zeitgemischte Gruppen für über Dreijährige sowie eine Krippengruppe geben. Bezüglich der Kinder mit Fluchterfahrung müsse man wissen, dass derzeit 16 Kinder betreut werden. Weil neue Kinder mit Fluchterfahrung da sind rege man an, zusätzlich eine betreute Spielgruppe einzurichten, um sie auf die Aufnahme in den Kindergarten vorzubereiten. Er habe diesbezüglich bereits mit dem Landratsamt wegen Fördermöglichkeiten Kontakt aufgenommen. Einen Kontakt habe es bereits auch zur AWO Bruchsal gegeben, ob von dort die Trägerschaft übernommen würde. Zum Thema der Finanzen sei zu sagen, dass die Gemeinde im Jahr 2017 rund 3,4 Mio. Euro für die Kinderbetreuung ausgegeben hat. Dem würden Elternbeiträge gegenüberstehen, sodass der Kostendeckungsbeitrag bei 12,18 % lag. Im Rahmen der Beratung der Elternbeiträge werde man dies nochmals thematisieren.

**Gemeinderat Ringwald** bedankt sich bei Herrn Sturm und dessen Team für die Ausarbeitung. Er halte es für schwierig, das Thema der Betreuungsangebote in Zahlen zu fassen. Hinsichtlich der Verbesserung des Angebots sei es leider in Berghausen, Söllingen und Kleinsteinbach zu Verzögerungen gekommen. Man könne mit diesen Angeboten leider erst verspätet an den Start gehen, weshalb es beim Platzangebot eng werden wird. Weil die steigende Zahl der betreuten Kinder irgendwann in die Schule kommen müsse dort Vorsorge getroffen werden, dass genügend Schulräume zur Verfügung stehen. Er teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Kindergartenbedarfsplan zustimmen wird.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** teilt mit, dass die Fraktion der Grünen dem Kindergartenbedarfsplan ebenfalls zustimmen wird. Man sei auch dafür, das Angebot der AWO anzunehmen. Allgemein sei zu sagen, dass es einen geringeren Bedarf an Regelgruppen gibt. Vor diesem Hintergrund sei es immer besser zu agieren anstatt zu reagieren. Man sollte sich dabei nicht an die Statistiken des Landesamtes halten, sondern absolut die eigenen Zahlen nehmen. Wichtig sei ihrer Fraktion, dass flexible Öffnungszeiten ab 6.30 Uhr angeboten werden, weil ansonsten die Eltern keine Chance hätten, einer Arbeit nachzugehen. Ebenso sei es wichtig, dass die Kindergartenplätze transparent und rechtzeitig verteilt werden, denn die Eltern bräuchten Planungssicherheit in diesen Fragen, um den Arbeitgebern Bescheid geben zu können.

**Gemeinderätin Eisenbusch** bedankt sich ebenfalls für die Ausarbeitung. Weil man das Thema im Finanzausschuss vorberaten hat, müsse man sich heute nicht über die unterschiedliche Auslegung der Grundrechenarten unterhalten. Tatsächlich könne man den Eltern ein breit gefächertes Betreuungsangebot anbieten. Auf einen Wermutstropfen wolle sie aber



trotzdem hinweisen. Denn in diesem Jahr werde es wieder Engpässe geben. Man hoffe, dass man die Zeit bis August über die Bühne bekommt und sich die Eltern vertrösten lassen. Man habe gehört, dass jetzt viel investiert wird. Trotzdem wolle sie hier mit dem Kritikpunkt ansetzen, dass es besser gewesen wäre, man hätte einen kontinuierlichen Ausbau betrieben, anstatt jetzt in Hektik zu verfallen und wild auszubauen. Dies wäre ihr Wunsch an das Gremium, nämlich regelmäßig die Zahlen zu verfolgen und die Angebote kontinuierlich auszubauen. Insbesondere brauche man mehr Ganztagesplätze. Auch wolle man künftig vermeiden, dass die Eltern durch das ganze Pfinztal fahren müssen, um ihre Kinder in die Betreuungseinrichtung zu bringen. Sie sollten ihre Plätze dort erhalten, wo man sie haben möchte. Denn ein Verkehrstourismus sei verbunden mit Fahrzeiten, Abgasen und Stress. Weiter bitte sie darum, dass für den Tageselternverein gezielt im Amtsblatt geworben wird, denn dessen Angebote seien eine Alternative. Sicherlich sei man auch für die Betreuung der Flüchtlingskinder. Am besten seien diese aber in den Pfinztaler Kindergärten aufgehoben. Eine Spielgruppe für die Flüchtlingskinder könne also nur eine Lösung für eine Notsituation sein. In einem deutschen Kindergarten würden sie am besten die deutsche Sprache lernen. Vor diesem Hintergrund müsste man für diese Kinder Kapazitäten finden, wenn es eine Entspannung gibt. Dass die AWO in die reguläre Kindergartenarbeit einsteigt, finde man gut. Sie teilt die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Kindergartenbedarfsplan mit.

**Gemeinderat Hörter** meint, die Gemeinde betreibe seit Jahren einen konsequenten Kindergartenbau. Dies müsse sich aus Sicht der Gemeinde aber auch im bezahlbaren Rahmen bewegen.

**Bürgermeisterin Bodner** fasst zusammen, dass in Pfinztal eine gute Arbeit geleistet wird. Sie bitte um Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag.

Der Gemeinderat fasst danach folgenden **einstimmigen Beschluss**:  
**Dem Kindergartenbedarfsplan 2019/2020 wird zugestimmt.**

#### **8. Erlass einer Verordnung über den Ladenschluss anlässlich der Kirchweih in den einzelnen Ortsteilen - Beratung und Entscheidung**

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die der Verwaltungsvorlage beigelegte Verordnung über den Ladenschluss anlässlich der Kirchweih in den einzelnen Ortsteilen. Die Termine seien der 15. September 2019 für die Ortsteile Söllingen und Kleinsteinbach und der 20. Oktober 2019 für die Ortsteile Berghausen und Wöschbach. Die Verwaltung bitte um Zustimmung zu dieser Verordnung.

Sie nimmt zur Kenntnis, dass keine Wortmeldungen vorliegen und stellt dem Gremium folgende Abstimmungsfrage:

**„Wer stimmt dem Erlass der Verordnung über den Ladenschluss anlässlich der Kirchweih 2019 in den einzelnen Ortsteilen zu?“**

**Abstimmung: Einstimmige Zustimmung**

#### **9. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die dem Gemeinderat vorliegende Liste von nichtöffentlich gefassten Beschlüssen und will wissen, ob ein Vorlesen gewünscht ist. Nachdem dies für entbehrlich gehalten wird stellt sie fest, dass die aufgeführten Beschlüsse damit als bekanntgegeben gelten.



## 10. Mitteilungen der Bürgermeisterin

**Bürgermeisterin Bodner** lädt zu folgenden Veranstaltungen ein:

- Einwohnerversammlung am 27.03.2019
- Sitzung Gemeindewahlausschuss am 03.04.2019
- Sitzung Kommunale Wohnbau am 07.04.2019
- Informationsveranstaltung der Feuerwehr in Wöschbach am 11.04.2019

## 11. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

**Gemeinderat Dr. Vogel** bezieht sich auf die Verkehrsführung in der unteren Friedhofstraße. Die Einrichtung einer Einbahnstraße habe bei den Anwohnern für Empörung gesorgt. Diese fühlen sich von der Verwaltung überfahren. Ihm würden Schreiben dieser Anwohner an die Verwaltung vorliegen, die noch nicht beantwortet sind. Von der Verwaltung will er wissen, wie schnell man die Einbahnstraßenregelung zurücknehmen kann bzw. was die nächsten Schritte sind.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, es liege derzeit nur eine Mail mit einer Unterschriftenliste vor, die erst in dieser Woche eingegangen sei. Den Anwohnern sei durch den Ortschaftsrat Berghausen mitgeteilt worden, dass die Einbahnstraßenregelung probeweise ein halbes Jahr eingeführt wird. In dieser Zeit werde man die Zahlen erheben. Diesen Beschluss halte der Ortschaftsrat nach wie vor aufrecht.

**Gemeinderat Rothweiler** fügt hinzu, man habe beraten und für die Menschen eine Verbesserung beschlossen. Trotzdem würden sich die Menschen beschweren, er verstehe die Welt nicht mehr.

**Gemeinderat Hörter** meint, Pfinztal könne sich durchaus sehen lassen. Wenn er alle heute beschlossenen Ausgaben summiere, komme er auf den gleichen Betrag wie die Stadt Karlsruhe, die heute Ausgaben in Höhe von 30 Mio. Euro beschlossen hat.

**Bürgermeisterin Bodner** meint, es könne sich dabei nur um die Europahalle in Karlsruhe handeln. Aber auch die Pfinztaler Hallen müssten sich Kontrollen unterziehen.

**Gemeinderat Kunzmann** bezieht sich auf diese Feststellung und teilt mit, es werde kolportiert, dass die Rächle-Halle nicht geeignet sei für Festveranstaltungen und künftig nicht mehr zur Verfügung stehen könnte.

**Bürgermeisterin Bodner** erläutert, in der Verwaltung sei man derzeit dabei zu erheben, welche Voraussetzungen es für eine Nutzung gibt. Man sei dabei zu eruieren, wie diese Hallen weiterhin für Festveranstaltungen genutzt werden können.

**Herr Müller** informiert, es gehe um die öffentliche Sicherheit und Ordnung bei Veranstaltungen. Die Vereine würden viele Veranstaltungen und diese immer umfangreicher durchführen. Er habe veranlasst, dass die fraglichen Hallen im Blick auf die Versammlungsstättenverordnung unter die Lupe genommen werden. Dabei habe man festgestellt, dass es sich bei den Veranstaltungsorten mit Ausnahme der Mehrzweckhalle Kleinsteinbach um genehmigte Sporthallen handelt. Bisher habe man die beantragten Veranstaltungen großzügig genehmigt. Die Versammlungsstättenverordnung sei allerdings komplett geändert worden, weshalb man nun reagieren müsse. Insbesondere für die Rächle-Halle habe man zwischenzeitlich ermittelt, wie viele Festveranstaltungen dort durchgeführt wurden. Das Ergebnis seien 15 – 20 Veranstaltungen pro Jahr, was für eine Sporthalle nicht zuträglich sei. Jetzt sei man dabei,



die Flucht- und Rettungswege zu kontrollieren, weil er als Amtsleiter bei Vorkommnissen zur Verantwortung gezogen werde. Für den Moment habe dies zur Folge, dass die Räuchle-Halle für höchstens 450 Personen freigegeben wird. Eine endgültige Klärung erwarte er in den nächsten zwei Monaten.

**Gemeinderat Kunzmann** bittet darum, die Söllinger Vereine im Vorfeld über diesen Sachverhalt aufzuklären.

## 12. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Herr Windschnurer** bezieht sich auf die Geschwindigkeitsmessanlage in der Jöhlinger Straße und meint, diese funktioniere nach seiner Beobachtung nicht mehr.

**Herr Knobloch** erklärt, dies sei zutreffend. Grund sei die Tatsache, dass die Gemeinde keine Finanzmittel bereitstelle, um die Anlage erneuern zu können.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Bürgermeisterin Bodner beendet daraufhin die Sitzung.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

---

Nicola Bodner  
Bürgermeisterin

---

Gemeinderat  
Gegenheimer

---

Roland Härer

---

Gemeinderat  
Kunzmann